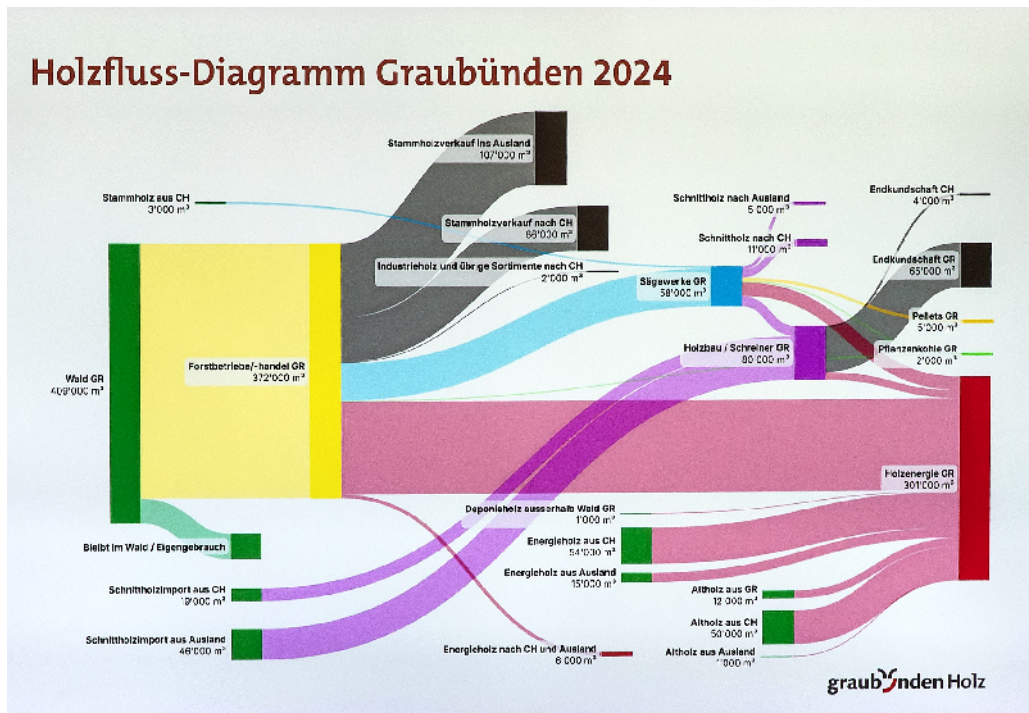




Der Geschäftsführer von Graubünden Holz, Paul Engler, referierte über die Wertschöpfungskette von Bündner Holz. Er tat dies unter anderem auf Basis eines Holzfluss-Diagramms. Fotos: Jon Duschletta

Wald ist nicht gleich Holz, Holz ist nicht gleich Wald

Am Samstag fand im Churer Grossratssaal die Jahrestagung der IG Kleingemeinden Graubünden statt. Vertreterinnen und Vertreter der Bündner Gemeinden bekamen dabei viel Spannendes rund um das Thema «Holz – die schlummernde Ressource» zu hören.

JON DUSCHLETTA

Paul Engler, Geschäftsführer von Graubünden Holz, versinnbildlichte den Begriff der Wertschöpfungskette der Ressource Holz mit dem Bild einer symbolischen, aus Holz gefertigten Kette: «Es nützt nichts, eine Kette zu stossen», sagte er dazu, «um etwas zu erreichen, muss man an ihr ziehen, am besten alle in die gleiche Richtung.»

Dies versuche der vor 25 Jahren gegründete Verband Graubünden Holz als Kompetenz- und Anlaufstelle vorzuleben und die Wertschöpfungskette von Holz sichtbar zu machen. Anhand des Bündner Holzflussidagramms aus dem Jahr 2024 zeigte er die wichtigsten Kennzahlen und Handelswege auf. So floss von den rund 409 000 Kubikmetern Holz, welches 2024 aus den Bündner Wäldern geschlagen wurde, mit rund 301 000 m³ der grösste Teil direkt in den Sektor Holzenergie. Während weitere 107 000 m³ Stammholz ins Ausland verkauft wurden, gelangten gerade einmal 58 000 m³ in die 52 kleinen Sägereien zur lokalen Verarbeitung des eigenen Rohstoffes. Engler folgerte ernüchtert: «Das Holz wird im Wald geschnitten und exportiert. Nur wenig kann hier direkt genutzt werden.»

Gerade weil viel Wald im Besitz von Gemeinden sei, hätten diese einen sehr grossen Einfluss darauf, wie viel Holz tatsächlich geschlagen würde. Die integrale Wald- und Holzstrategie des Bundes sieht vor, zukünftig rund eine Million Kubikmeter mehr Holz zu nutzen. Auf dieser Strategie, so Engler, gelte es aufzubauen.

Vorteile von Holz nutzen

Die vielfältigen Vorteile des Rohstoffs Holz seien nämlich längst erkannt und hinlänglich bekannt, entsprechend boome die holzverarbeitende Branche und neue, visionäre und spektakuläre Holzbauprojekte wie der InnHub in La Punt Chamues-ch oder der geplante Neubau des Flughafengebäudes in Zürich würden dies beweisen und gleichermassen neue Akzente setzen. In diese Richtung zielt auch die Strategie «Wald- und Holzwirtschaft Graubünden 2030», welche unter anderem lokale Sägerei- und Veredelungsprojekte weiterverfolgen wie auch lokale Projekte der Wertschöpfungskette Holz unterstützen soll. Beispielsweise das Projekt «Holz 100% Valposchiavo» oder «Pioneers for Pioneers» im Oberengadin (siehe EP/PL vom 15. respektive 31. Oktober).

Ein Drittel der Waldfläche ist privat

Christoph Niederberger, Direktor des Verbands WaldSchweiz, betonte seinerseits, Wald sei nicht gleich Holz und Holz sei nicht gleich Wald. Der Verband vertritt schweizweit rund 250 000 Waldeigentümerinnen und -eigentümer in 23 Mitgliederorganisationen, darunter auch der SELVA, den Verband der Waldeigentümer Graubündens.

Ein Drittel der Schweizer Waldfläche befindet sich laut Niederberger in Privatbesitz, ein weiteres Drittel gehört, hauptsächlich über den Besitz von Gemeinden und Kantonen, der Öffentlichkeit und ebenfalls ein Drittel gehört öffentlich-rechtlichen Gebilden wie Bürgergemeinden oder Kooperationen. «Das ist eine gute Situation, weil so alle ihre individuellen Anliegen haben, aber eigentlich niemand recht hat.» Dies, so Christoph Niederberger, «weil alle – von Waldbadenden über Erholungssuchenden bis zur eigentlichen Holznutzung – Anspruch auf den Wald haben.» Gerade weil der Wald multifunktional sei und dies von Gesetzwegen auch so vorgesehen sei, konzentriere sich der Verband auf die gemeinsamen Interessen und Schnittpunkte wie beispielsweise auf die Ausbildung. Der Verband zählt über die Schweiz gesehen aktuell 250 Lernende in verschiedenen Ausrichtungen.

Wichtiger Pfeiler: Holznutzung

Die Holznutzung als traditionell wichtigster Faktor der Waldnutzung hat heutzutage an Bedeutung verloren und wurde über die Jahre von anderen, ganz unterschiedlichen Nutzungsarten ergänzt. So beträgt der jährliche Holzzuwachs in den Schweizer Wäldern rund zehn Millionen Kubikmeter. Genutzt wird davon aber nur rund die Hälfte. Gut 409 000 m³ stammen aus den Bündner Wäldern, rund eine Million Kubikmeter aus dem Kanton Bern, dem grössten Holzlieferanten der Schweiz. Auf der anderen Seite wird in der Schweiz pro Jahr Holz in der Grössenordnung des jährlichen Zuwachses verarbeitet. Knapp die Hälfte in Form von Bauholz, ein Bruchteil als Industrieholz und rund die Hälfte in Form von Energieholz. «Der Schweizer Wald wird je länger je mehr zum Produzenten von Energieholz», bemerkte Niederberger, «während wir jedes Jahr rund fünf Millionen Kubikmeter Holz im Wald ungenutzt stehen lassen.» Allerdings seien von den zehn Millionen Kubikmetern Zuwachs in der Praxis – nicht zuletzt wegen den schwer zugänglichen Wälder in Berggebieten – nur rund acht Millionen Kubikmeter auch wirklich nutzbar.

«Der Holzpreis ist seit Jahren stabil, aber zu tief, um die Nutzung profitabel zu gestalten oder den bestehenden Investitionsbedarf zu decken», sagte Christoph Niederberger, «auch wenn das naturgemäss nicht alle Parteien so sehen.»

Einfluss der Klimafaktoren

Der vergangene Hitzesommer habe in Verbindung mit grosser Trockenheit in fast der ganzen Schweiz grosse Schäden am Wald verursacht. Solche Folgen der Klimaveränderung schlügen, vorab im Mittelland, hauptsächlich auf die Qualität der Buche, einem traditionellen Energieholz, aber in Form von vermehrtem Käferbefall auch auf die als klimafitte Bauart geltende Weisstanne.

Rund zehn bis 20 Prozent der Waldflächen dürften laut Niederberger heuer Schadflächen sein, was zu einer entsprechend hohen Flutung des Holzmarktes mit sogenanntem Schadholz führen werde. Eine spezielle dramatische Lage sei das, betonte er. WaldSchweiz wolle deshalb auch daran arbeiten, dass der Hitzesommer zu einem politischen Umdenken führe. Darüber hinaus besitze weder der Rohstoff Holz einen Zollschutz noch der Verband Einfluss auf den Holzmarkt und dessen Preispolitik. Einziges Instrument sei die wieder reaktivierte Holzmarktkommission als Bindeglied zwischen den Waldbesitzern und den Holzabnehmern.

Wald und Holz als Lebensgrundlage

Der Bündner Regierungspräsident Martin Bühler blendete in seinen Ausführungen an der Zeitachse zurück und verglich die frühere Bedeutung des Waldes für den Menschen mit jener von heute. «Bis etwa zur Mitte des 20. Jahrhunderts war der Wald für die Bevölkerung weit mehr als ein Naturraum, er war schlicht eine Lebensgrundlage.» Und das Holz daraus der wichtigste Rohstoff überhaupt, ergänzte Bühler. Er ging auf Ursachen und Bedeutung des 1876 erlassenen ersten eidgenössischen Forstpolizeigesetz ein (siehe EP/PL vom 17. Oktober zu 150 Jahre Waldgesetz) und schlug den Bogen zur einstigen und heutigen Bedeutung des Waldes aus wirtschaftlicher Warte. «Rund 85 Prozent der Waldfläche befindet sich heute in öffentlichem Besitz.» Während früher Erträge aus dem Wald für die Gemeindefinanzen äusserst bedeutend gewesen seien, «reichen die Erträge aus dem Wald heute oft nicht einmal mehr, um die Aufwendungen des Waldes zu decken.» Geschweige denn, die allgemeine Ausgaben einer Gemeinde zu decken, so Martin Bühler. Dies würden heute vorab Erträge aus Steuern und Gebühren garantieren und, je nach Gemeinde, auch Beiträge aus dem Finanzausgleich oder von Wasserzinsen.

Heute, folgerte Bühler, besitze der Wald einen ausgedehnteren wirtschaftlichen Wert, beispielsweise als Erholungsraum für Einheimische und Gäste, als Klimaregulator oder als Jagdrevier. An die Anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Bündner Gemeinden appellierte er: «Als Gemeindebehörde haben Sie zwischen den ökonomischen und ökologischen Auswirkungen zu entscheiden», und riet, dies in gut demokratischer Art und Weise durch eine offene Informations- und Kommunikationskultur zu tun. «Die Aufgabe unserer Generation besteht darin, den Wald nicht nur zu bewahren, sondern seine vielfältigen Leistungen bewusst zu nutzen und nachhaltig weiterzuentwickeln.»



Von links: Der amtierende Präsident der IG Kleingemeinden Graubünden, Linard Martinelli aus Lavin, und Sekretär Alex Brembilla aus St. Antönien.

Interessengemeinschaft IG Kleingemeinden Graubünden – ein Porträt

Die IG Kleingemeinden Graubünden ist als privatrechtliche Verbindung organisiert und hat die Wahrung der Interessen der Bündner Kleingemeinden zum Ziel. Die Vereinigung entstand vor rund 30 Jahren, nachdem die Grundidee schon zuvor von der Frauenzentrale Graubünden lanciert wurde. Diese hatte zusammen mit Sprachorganisationen die Idee, aus den jährlichen Veranstaltung eine «Trägerschaft mit eigenem Organisationsstatut» zu formen. Heute mutet der Begriff Kleingemeinden obsolet an, weil mittlerweile unabhängig von ihrer Einwohnerzahl alle Bündner Gemeinden und Städte Mitglied der Interessengemeinschaft sein können.

Die IG Kleingemeinden Graubünden nimmt in der Schweiz eine Sonderrolle ein. Sie agiert unabhängig von den beiden nationalen Organisationen, dem Schweizerischen Gemeindeverband und dem Schweizerischen Städteverband und ist explizit auch nicht politisch ausgerichtet. Dies, obschon die Bündner Interessengemeinschaft die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber Staat und Öffentlichkeit vertritt und sich bei für die Kleingemeinden bedeutenden politischen Vernehmlassungen auch einbringt und – wenn gefordert – dem Amt für Gemeinden Stellungnahmen einreicht.

Die IG Kleingemeinden finanziert sich einzig über freiwillige Gemeindebeiträge, hat sich über die Jahre zum heutigen Netzwerk der Bündner Gemeinden entwickelt und hält traditionellerweise am jeweils ersten Samstag im November seine Jahrestagung im Churer Grossratsgebäude ab. Aktuell präsidiert Linard Martinelli aus Lavin die Interessengemeinschaft, während die Fäden beim langjährigen Vorstandsmitglied, Präsidenten und heutigen Sekretär der Interessengemeinschaft Alex Brembilla aus St. Antönien zusammenlaufen. Er hat auch massgeblich zur Entwicklung der IG Kleingemeinden Graubünden beigetragen.

(jd)

Mehr zur IG Kleingemeinden Graubünden unter: https://ig-kleingemeinden.ch/